

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

19.2.1921 (No. 42)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptredak-
teur
C. A. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braun'sche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Preis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 18 M. 90 P.; — Einzelnummer 35 P. — Anzeigengebühr: die Tual gelassene Fetigkeit oder deren Raum 90 P. Priebe und
Weder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kasienrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Einstellung der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Lagerbedingung,
zwangsdreier Freitreibung und Konfuzdverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinendruck, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder
in denen unserer Lieferanten hat der Anzerent keine Anwerde, falls die Zeitung verpödet, in beschränktem Umfange oder nicht ercheint. — Für teierbenliche Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen,
Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpöftung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Die Umsatzsteuer.

Die Bestimmungen über die Erhebung der erhöhten Um-
satzsteuer bei Privatverläufen von Zuggegenständen, bei
der Vermietung von Flächen für Reklame und bei der Ver-
mietung von Zimmern durch Privatpersonen sind besonders
zusammengestellt.

Abdrude werden von den Finanzämtern unentgeltlich ab-
gegeben.

Die Durchführung des Teiles V des Friedensvertrages.

Der „Meidunganzeiger“ bringt in Nr. 18 vom 10. Fe-
bruar 1921 eine Notiz unter der Überschrift: „Waden unter
fremder Kontrolle? Wie weit wir schon sind!“, wonach am 8. Februar 1921 ein belgischer Oberst als Vertre-
ter der Entente-Kommission in Abwesenheit des Herrn Präsi-
denten in das Staatsministerium gekommen sei und „Kraß
gemacht“ habe. Er habe verlangt, daß die Zahl der Zollauf-
seher am Rhein bedeutend herabgesetzt und mit den Verhält-
nissen vor dem Krieg in Einklang gebracht werden, da unsere
Finanzen beratige Maßnahmen nicht gestatten würden.

Wir sind demgegenüber in der Lage, festzustellen, daß
weder an dem genannten noch an einem andern Tage ein
belgischer Oberst weder im Staatsministerium noch bei einer
sonstigen Behörde in Waden in der angegebenen Angelegen-
heit vorstellig geworden ist. Auch wurde bis jetzt sonstige eine
Herabsetzung auf Verminderung der Zollaufseher am Rhein
bei der badischen Regierung nicht gestellt. Da es sich hierbei
um eine Zuständigkeit des Reiches handelt, könnte diese An-
gelegenheit überhaupt für das ganze deutsche Reich nur ein-
heitlich geregelt werden.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen hat in der Ver-
richtswoche wieder eine Zunahme von 200 Fällen erfahren.
Vorläufig ist eine Besserung der Lage nicht abzusehen. Allge-
mein wird über die weitere Zurückhaltung von neuen Auf-
trägen geklagt, was nicht zuletzt auf den erhofften Preisrück-
gang der Waren zurückzuführen ist.

Die Lage in den einzelnen Berufszweigen hat sich folgen-
dermaßen gestaltet:

In der Landwirtschaft zeigt sich keine wesentliche Ver-
änderung. Wie bisher sind im allgemeinen Knechte, Dienst-
buben und Mägde gesucht.

In der Industrie der Steine und Erden hat sich das
Verhältnis von Angebot und Nachfrage schwach gebessert.

Singegen ist in der Eisen- und Metallindustrie
wie auch in der Papier- und Lederindustrie eine
Besserung nicht eingetreten.

Die Lage in der Holzindustrie hat wiederum eine
Verschlechterung erfahren, die Nachfrage nach Facharbeits-
kräften ist im Verhältnis zu den Vorwochen äußerst ruhig.

In der Bekleidungs- und Reinigungsin-
dustrie ist die Zahl der stellensuchenden Schneider und Schuh-
macher noch immer eine recht starke.

Die Lage im Friseurgewerbe hat sich verschlechtert.

Das Baugewerbe weist eine besondere Nachfrage nur
für Zimmerleute auf.

Im Verdieftältigungsgewerbe werden nur
bereingekte Facharbeitskräfte gesucht.

Das Handelsgewerbe hatte in der Berichtwoche
eine etwas gesteigerte Nachfrage nach Arbeitskräften.

Das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe richtet sich
auf die kommende Saison ein, weshalb die Nachfrage etwas
lebhafter geworden ist.

Betriebsbeschränkungen und Schließungen:
Einschränkungen mußten infolge Absatzrückgängen durchge-
führt werden: bei circa 50 Schmutzwasserafabriken des Bezirks
Pforzheim mit einer 1—3tägigen Arbeitsverfözung. Betrof-
fen werden hier von circa 800 Männern und 1100 Frauen;
ferner bei einem Betrieb in Säckingen und einer unterbadischen
Lederfabrik (mit insgesamt 60 Männern und
100 Frauen).

Erwerbslosenunterstützung
wurde ausbezahlt an 4044 Männer und 213 Frauen im Be-
trag von 308 809,83 M. An Kurzarbeiterzulagen
wurden an 1397 Männer und 191 Frauen 62 469,60 M. be-
zahlt. Die Zahl der mit Notstandsarbeiten beschäf-
tigten Erwerbslosen beläuft sich auf 3064.

* Frankreich u. die Reparation.

Wenn man die französische Presse liest und sonstigen,
privaten Meldungen Glauben schenken darf, so befindet
sich die Pariser Regierung mit samt der Kam-
mermehrheit in einer wenig rosiggen Stimmung.
Man ist erschüttert enttäuscht und kann sich einweilen mit
der neuen Situation noch nicht recht abfinden.

Man hatte sich in Paris die Sache doch wesentlich an-
ders gedacht. „Deutschland wird erst tüchtig schimpfen und
Proteste in die Welt schicken, dann aber unter dem Druck
einer Mehrheit von ängstlichen Gemütern klein bei-
geben“. So stellte man sich nach der Pariser Konferenz
die Entwicklung der Dinge vor. Und nun müssen die
Franzosen sehen, daß das deutsche Volk heute, drei Wochen
nach Verkündung der Pariser Beschlüsse, noch genau
so einmütig und entschlossen in der Ab-
lehnung dieser Reparationsforderungen
ist, wie am Tage der Veröffentlichung der Beschlüsse.
Und sie müssen hören, daß der Reichsminister der
Auswärtigen in Karlsruhe ein Scheitern der
Londoner Verhandlungen in ihrem er-
sten Stadium beinahe als eine Selbstverständlichkeit
hinstellt.

Diese Karlsruher Rede des Reichsaußenministers hat
noch mehr als seine Stuttgarter Rede abkühlend
und die Stimmung herabdrückend in Frankreich gewirkt.
Und wenn nun im Zusammenhang damit in Frankreich
bekannt wird, daß die Bevölkerung gerade der Länder,
die durch neue französische Gewalttaten am ehesten be-
troffen werden würden, genau so treu hinter der Reichs-
regierung stehen und genau so fest bei der Ablehnung der
Pariser Beschlüsse beharren, wie die anderen Länder des
Reiches, so wird diese Stimmung dadurch nicht gerade
verbessert werden.

Natürlich gibt es auch in Frankreich in der Nähe der
Regierung Männer des praktischen Wirtschaftslebens ge-
nug, die ganz genau wissen, was eine Zustimmung des
deutschen Volkes zu den Pariser Beschlüssen für Frank-
reich bedeuten würde. Frankreichs finanzielle und wirt-
schaftliche Lage ist eben so, daß nur eine feste, vom
deutschen Volke ehrlich übernommene
Verpflichtung die Wiedergesundung
Frankreichs gewährleisten kann.

Frankreich ist bei seinem Wiederaufbau in aller erster
Linie auf den Kredit anderer Staaten angewie-
sen. Der Umfang dieses Kredits ist aufs engste mit der
Zahlung der Reparationssumme durch Deutschland ver-
knüpft. Da eine solche Zahlung aber überhaupt nur von
einem wirtschaftlich starken Deutschland geleistet werden
kann, ist diese Kreditfrage ebenso sehr auch mit der
Frage der deutschen Wiedergesundung ver-
knüpft.

Wer einen Kredit bewilligt bekommt, hat dafür Si-
cherheiten zu bieten. Und je besser diese Sicherheiten sind,
um so lieber wird der Kredit gewährt werden. Kommt
Frankreich nun zu den Kreditgebern mit einer festen
Verpflichtung Deutschlands, so bedeutet das,
da die ganze Welt zum deutschen Fleiß und zur deutschen
Geschicklichkeit auch heute noch dasselbe Vertrauen hat, wie
früher, eine ungemein starke und gute Sicherheit. Und
den Kreditgebern wird es an sich ziemlich gleichgültig sein,
ob die Summe, die Deutschland ehrlich abzahlen will, 226
Milliarden beträgt. Die Hauptsache wird für sie die sein,
daß Deutschland überhaupt ernstlich gewillt ist, die Re-
parationssumme, die — das wissen auch wir selbst ganz ge-
nau — unter allen Umständen sehr hoch sein wird,
zu bezahlen.

Tritt Frankreich vor die Kreditgeber der Welt aber mit
einer deutschen Ablehnung oder mit Sinneisen auf
neue Verwicklungen, Gebietsbesetzungen, Konflikte und
Widerspenntigkeiten, so werden diese Kreditgeber sich
schönstens bedanken, ihr gutes Geld herzugeben. Ein der
Verzweiflung und der politischen, wie mo-
ralischen Auflösung überantwortetes
Deutschland bietet den großen Bankiers der Welt und
den Regierungen der finanziell mächtigen Staaten jeden-
falls keine Garantie. Nur ein gesundes und er-
starkendes Deutschland, ein Deutschland, das aus ehrlicher
Überzeugung heraus die Verpflichtung zur Abzahlung
einer, wenn auch sehr hohen, so doch im Bereich des Men-
schennögliehen liegenden Reparationssumme übernom-
men hat, wird Frankreich jene Sicherheiten bieten kön-
nen, die es für seinen eigenen Wiederaufbau benötigt.

Forderungen nach Maßgabe der Pariser Beschlüsse schlie-
ßen eine Befundung Deutschlands naturgemäß von vorn-
herein aus.

Wir erkennen also folgendes: Die Frage der Repara-
tion, die die Londoner Konferenz beschäftigt wird, ist
eine Schicksalsfrage für Deutschland, aber nicht
minder auch eine Schicksalsfrage für
Frankreich. Wir wissen nicht, welche sachlichen Ge-
genvorschläge die Reichsregierung in London machen
wird. Auf jeden Fall aber sollte das eigene Interesse
dem französischen Volke gebieten, sich gütlich mit uns
zu einigen. Für Frankreich wäre es immer noch besser,
wenn wir uns mit aller Gewissenhaftigkeit zu einer Ge-
samtzahlung von 120 Milliarden verpflichten, die dann
auch wirklich erfolgt, als wenn es uns eine Zahlung von
226 Milliarden, zuzüglich der 12 Prozent Ausfuhrsteuer,
auferlegt, die wir ja doch nie zahlen werden.

Daß der Reichsaußenminister der richtige Mann ist,
um den Franzosen auch dieses klar zu machen, das dürfen
wir, zumal nach seinem Besuch im Süden, ohne weiteres
voraussetzen. Und wird es ihm vielleicht auch nicht auf
den ersten Hieb gelingen, Frankreich diese Einsicht bei-
zubringen, so wird eben die Zeit, die einst im Frieden
auf Seiten unserer Feinde war, jetzt im Frieden
für uns sprechen und jene Einsicht nach und nach reifen
lassen.

Der Besuch des Reichsaußen- ministers ein Sieg des Reichs- gedankens.

N.-S. Karlsruhe, 18. Februar.

Wir Süddeutschen dürfen heute, nach dem Besuch des
Reichsaußenministers Dr. Simons in Stuttgart und
in Karlsruhe, dem Minister mit aufrichtigem Dank be-
stätigen, daß es eine glückliche Stunde war, in der er sich zu
dieser Reise entschloß. Seine Entschickung hat eine inner-
politische Tragweite gehabt, wie sie vielleicht sogar
von dem Minister selbst im ersten Moment nicht vorhergesehen
worden ist.

Und diese Tragweite erblicken wir in der für unsere gesamte
innerpolitische Entwicklung wichtigen Tatsache, daß es dem
Minister gelungen ist, dem Reichsgedanken in Süd-
deutschland zu einem neuen, glänzenden
Sieg zu verhelfen und gewissen Mißstimmungen
und Gegenätzen, wie sie nun einmal im Süden gegenüber
dem Norden, d. h. vor allem gegenüber Berlin bestehen, er-
folgreich entgegenzuwirken.

Dr. Simons ist uns hier im Süden als ein Vertreter des
Reiches erschienen, der dank seiner ganzen Betanlagung dazu
berufen ist, in dieser schicksalsschweren Stunde ein Führer
des ganzen Volkes zu sein. Seine persönlichen und seine
intellektuellen Eigenschaften empfehlen ihn in gleicher Weise.
Er gehört zu jenen nicht gerade zahlreichen Staatsmännern,
die im Süden genau so gut wie im Norden
verstanden werden, die also die heute besonders wert-
volle Gabe besitzen, einigend und mit fortziehend
auf ihre Volksgenossen zu wirken.

Diese besondere Eignung des Reichsministers für sein ver-
antwortungsvolles Amt ist naturgemäß gerade unter den heu-
tigen Umständen von unsäglichbarer Bedeutung. Nur ein
Reichsaußenminister, der mit seiner Politik und mit der
Eigenart seiner Persönlichkeit dem Volke in allen seinen
Schichten Vertrauen abnötigt, kann in London der großen,
weltgeschichtlichen Aufgabe gerecht werden, vor die ihn das
Schicksal gestellt hat.

Der Reichsaußenminister ist, wie er selber betont hat, nach
dem Süden gekommen, weil er, eingefangen in die ganz be-
stimmte Atmosphäre seines Dienstkreises in Berlin, nun ein-
mal unmittelbare Fühlung mit den einzelnen
Stämmen und Ländern des Reiches nehmen wollte, weil er
sich durch eigenen Augenschein von der Stimmung dieser Län-
der überzeugen wollte. Daß er dabei von der Absicht ausging,
für die von ihm als richtig erkannte Politik zu werben, ist
selbstverständlich.

Was a's Erfolg dem Reichsminister vorschwebte, das war also
die auf Grund persönlicher Fühlungsnahme erzielte Zusam-
menfassung aller Stämme und aller Schich-
ten unseres Volkes auf einer gemeinsamen
Linie vaterländischer Einigkeit und Ent-
schlossenheit. Wir dürfen heute ohne die geringste Über-

Mit einer Beilage: 18. öffentl.che Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

treibung feststellen, daß dieser Erfolg, soweit der Süden, und zwar in erster Linie Württemberg und Baden in Betracht kommen, vollkommen erreicht worden ist.

Wir haben Vertrauen zu der Politik des Reichsaussenministers gehabt, wir haben die sachliche Richtigkeit dieser Politik unmittelbar empfunden, und wir haben die Überzeugung gewonnen, daß hier ein Mann die auswärtige Politik leitet, der der höchsten Anforderung der Stunde genügt, nämlich Energie und Entschlossenheit mit Besonnenheit, Vorsicht und Kaltgefühl bereinigt. Wir haben wahrnehmen dürfen, daß der Reichsaussenminister ein Staatsmann ist, der sein Vaterland leidenschaftlich liebt und sich mit seinem Volke auch gefühlsmäßig eins weiß, der aber gleichzeitig jenen klaren und nüchternen Blick, jene unerbittliche Vernunft besitzt, die uns allein heute helfen können.

Die persönliche Art, wie sich Reichsminister Dr. Simons gibt, hat nun bei alledem bei uns im Süden noch einen besonders starken Eindruck hinterlassen. Die Wendung ist abgegriffen, aber wir wählen im Augenblick keine bessere als sie: Reichsminister Dr. Simons hat sich bei seinem Besuch die Herzen der süddeutschen Bevölkerung erobert. Bei seinem weiteren Wirken wird er nicht nur von dem politischen Vertrauen des Südens, sondern — was ihm selbst offenbar noch viel wichtiger ist — auch von einem rein gefühlsmäßigen, der Person geltenden Vertrauen begleitet werden.

Dem Reichsgedanken hat jedenfalls, wie schon gesagt, dieser Besuch neue und starke Impulse verliehen, und alle die Redner, die in diesen Tagen des Besuches in Karlsruhe zu Wort gelangten, haben die Treue zum Reich, den Glauben an die Notwendigkeit der Erhaltung der Reichseinheit aufs Nachdrücklichste betont, nicht zuletzt der Sprecher der Sozialdemokratie, Reichstagsabgeordneter Schöpflin, dessen Rede wegen ihres warmen nationalen Tons angenehm auffiel.

Baden hat in dem großen Ringen um seine Zukunft, das unser Volk jetzt zu bestehen hat, die Aufgabe eines Vorpostens, einer Grenzwaage. Wir werden die ersten sein, die von etwaigen neuen Gewalttaten der Entente betroffen werden. Aber die Stimmung, die bei dem Besuch des Reichsaussenministers allenthalben zum Durchbruch gelangte, darf uns befähigen in der Gewißheit, daß Baden sich dieser großen Aufgabe würdig erweisen wird, und daß auch der deutsche Süden entschlossen ist, Forderungen der Entente, die uns zur wirtschaftlichen Verflistung verurteilen, erhobenen Hauptes abzulehnen!

Politische Neuigkeiten. Dr. Simons in Darmstadt.

Auf seiner Reise durch Süddeutschland traf Reichsaussenminister Dr. Simons gestern vormittag in Darmstadt ein, um der hiesigen Regierung seinen Besuch abzustatten. In der Sitzung des Gesamtministeriums begrüßte Staatspräsident Ulrich den Gast und versicherte unter besonderer Betonung der gegenwärtigen außenpolitischen Lage des Reiches, daß die hiesige Regierung und das hiesige Land an der Einheit des Volkes nicht rühren lassen werden. Obwohl Hessen bei den drohenden Sanktionen mit den ersten Stoß auszuhalten haben werde, stehe es fest hinter den Entscheidungen der Reichsregierung.

Der Reichsminister gab seiner Genugtuung über den freundlichen Empfang Ausdruck. Wenn ihm bisher die Last der Berufsgeschäfte verhindert hätte, nach Süddeutschland zu reisen, so seien diese es jetzt gerade, die ihn zu dieser Reise veranlassen. Im Falle, daß die Londoner Konferenz ergebnislos verlaufe, könnten die Sanktionen nicht ohne weiteres zur Anwendung gelangen, denn nach dem Friedensvertrag hätte zunächst die Reparationskommission das Wort. Erst wenn Deutschland sich dann weigere, die Aufgaben der Reparationskommission zu erfüllen, könnten nach dem Friedensvertrag die Sanktionen eintreten. Die Reichsregierung habe ihr „Nein“ auf die so erfreuliche einheitliche Auffassung des deutschen Volkes gestützt. Es käme darauf an, daß das deutsche Volk dieses „Nein“ nunmehr auch kräftig stütze und es angesichts der drohenden Gefahren aufrecht erhalten werde. Wie auf seiner süddeutschen Reise allgemein, so habe er auch in Hessen eine fest entschlossene Haltung gefunden. Das sei ihm eine besondere Stärkung für die Reise nach London.

In längeren Verhandlungen wurde sodann noch eine Reihe von Fragen erörtert. Am späten Nachmittag fanden im Staatsministerium Besprechungen mit führenden Persönlichkeiten des politischen und wirtschaftlichen Lebens statt.

Französische Drohungen.

Aus Paris wird gemeldet: Die Redetournee des Herrn Simons hat zur Folge gehabt, daß man in Paris den von Dr. Simons in Aussicht gestellten Fall des Mißerfolges der Londoner Konferenz alle Gegenmaßnahmen vorbereitet. Briand wird am Sonntag nach London reisen. Es hat eine Ministerkonferenz stattgefunden, die einiges Aufsehen erregt hat. Es nahmen daran teil Kriegsminister Barthou, die Marschälle Foch und Petain, die Generale Buat und Weygand, also Leute, die bei jeder militärischen Operation eine große Rolle spielen würden. Den offiziellen Anlaß für diesen kleinen Kriegsrat gaben die Verhandlungen mit den Oststaaten, aber es ist sicher, daß auch die militärischen Maßnahmen gegenüber Deutschland besprochen wurden. Der französische Generalstab hat den Operationsplan schon bis in alle Einzelheiten vorbereitet und der gestrige Rat diente jedenfalls dazu, ihn dem Ministerpräsidenten zu unterbreiten.

Das „Echo de Paris“ schreibt über die Londoner Konferenz, daß Briand auf den Beschlüssen von Paris als einem Minimum beharren werde. Frankreich sei entschlossen, wenn sich keine Einigung mit den Deutschen erreichen lasse, die in Paris festgesetzten Sanktionen sofort anzuordnen.

Englische Stimmen.

Der parlamentarische Ausschuss des Gewerkschaftskongresses und der Vollzugsausschuss der englischen Arbeiterpartei haben ein gemeinsames Manifest veröffentlicht, in dem zugleich mit der Erklärung, daß die von Deutschland geforderten Entschädigungen nicht gezahlt werden können. Auf ein nochmaliges Erwägen des Betrages der von Deutschland zu zahlenden Entschädigungen im Interesse der Arbeiter des In- und Auslan-

des müsse gedrungen werden. In dem Manifest wird erklärt, Deutschland könne und solle die tatsächlich angerichteten Schäden wieder gutmachen. Die Rechnung sei jedoch gestiegen durch Anrechnung von Pensionen und Vergütungen, die unvereinbar sei mit den bei Abschluß des Waffenstillstandes gestellten Bedingungen. Zum Schluß fordert das Manifest nicht nur eine neue Erwägung der geforderten Entschädigungen, sondern auch die Änderung des gesamten Verhaltens der Alliierten gegenüber Zentraluropa und Rußland.

Am Verlaufe der Debatte über die Reparationen im englischen Unterhause erklärte Lloyd George, er werde sein Möglichstes tun, Deutschland den letzten Pfennig, den es zahlen könne, herauszuschauen. Er wolle jedoch keine Vorschläge unterbreiten, die nach den eingeholten Gutachten der Sachverständigen ganz undurchführbar seien und falsche Hoffnungen in England erweckten.

„Daily News“ und „Times“ polemisierten gegen die Karlsruher Rede des deutschen Außenministers bezug. gegen das englische Arbeitermanifest.

Die Entlassung des Geheimrats v. Priesdorff.

Am 5. Februar wurde bekanntlich dem Inspektor der preussischen Schutzpolizei, Geheimrat v. Priesdorff, durch den preussischen Minister des Innern, Severing, gekündigt. Diese Tatsache veranlaßt die „Berliner Morgenpost“ zu einem scharfen Angriff gegen Severing. Nach der Darstellung des Blattes sollte dem Geheimrat v. Priesdorff alles nur mögliche Anrecht angelassen worden sein. Die angegriffene Behörde läßt nun eine längere sachliche Entgegnung auf die Angriffe veröffentlicht, in der im wesentlichen folgendes festgestellt ist:

Major v. Priesdorff wurde nach dem Rapp-Bußich von dem damaligen Minister des Innern, Heine, an die Spitze der Sicherheitspolizei berufen. Minister Severing, der Amtsnachfolger Heines, übernahm Herrn v. Priesdorff und erteilte ihm im Vertrauen auf seine Eignung die weitgehenden Vollmachten, die er erbat. Es zeigte sich aber bald, daß v. Priesdorff seiner Aufgabe, die Sicherheitspolizei zu reorganisieren, nicht gewachsen war, sondern daß er sich in der Hauptstadt darauf beschränkte, persönliche Freunde in diese hineinzubringen. So brachte die Notwendigkeit der schleunigen Umorganisation der Polizei. Anstatt nun sofort an diese unauflösbare und dringende Arbeit zu gehen, schickte Herr v. Priesdorff Inspektionsreisen vor, verzeigte nach Rheinland-Westfalen und Sassen-Rassau und ging im Anschluß daran Anfang August, trotz aller Hinweise des Ministers auf das höchst Eigenartige seiner Pläne, nach Baden-Baden zu einem Ferienaufenthalt. Nachdem Herr v. Priesdorff seine Ferienreise trotz aller Bedenken des Minister angeordnet hatte, zögerte der Minister nicht länger, einen neuen Mann ausfindig zu machen, der bis zum September entsprechend dem Diktat der Entente die Sicherheitspolizei umzuorganisieren hätte. Da ihm eine von dem jetzigen Ministerialrat Dr. Wegag auf seine Veranlassung eingereichte Denkschrift vollaus zusagte, wurde dieser für den Posten Priesdorffs neu berufen. Als Herr v. Priesdorff dann zurückkehrte, gestand er dem Minister selbst ein, daß er sich nicht als geeignet angesehen hätte, die schwierige Aufgabe durchzuführen, und er von vornherein angenommen habe, daß er einen anderen berufen könne, der der für ihn die Arbeit erledigte. Minister Severing, der auch jetzt, da er wenigstens an dem guten Willen v. Priesdorffs noch glaubte, Härten vermeiden wollte, ernannte ihn zum Inspektor der Sicherheitspolizei.

In dieser neuen Stellung des Herrn v. Priesdorff bildeten sich sehr bald wieder sehr große Unzufriedenheiten heraus. Herr v. Priesdorff reiste ab und zu herum und verteilte an die Soldaten bei seinen Besichtigungen wohlhabendere Geldsummen als ganz willkürliche Belohnungen. Zur Rede gestellt, erklärte er, daß diese Gelder aus einem Fonds herrührten, der ihm bereits vor seinem Eintritt in das Ministerium des Innern von privater Seite zur Verfügung gestellt worden sei, und über dessen Herkunft er auch dem Minister keine Angaben machen könne. Diese Geldverteilungen, die ihm nunmehr dienstlich unterlagert wurden, hatten für die Disziplin der Truppe schwere Nachteile. Herr v. Priesdorff leistete sich aber auch Vertrauensbrüche. Durch Briefe an verschiedene Abgeordnete nahm er Stellung gegen Minister Severings Pläne. Solche Briefe erhielten in großer Anzahl die Abgeordneten Dr. v. Richter, v. d. Osten und Dominicus. Als er zur Rede gestellt wurde, erklärte Herr v. Priesdorff, daß er sich nicht Arges dabei gedacht habe. Erst viel später wurde dem Minister bekannt, daß Herr v. Priesdorff auch früher als parlamentarischer Vertreter des Reichsaussenministers Roste gegen seinen Minister gearbeitet hatte. Sogar kam nun vor allem, daß Herr v. Priesdorff bei seinen Besichtigungsreisen Reden hielt, in denen er die Mannschaften gegen den Minister aufwiegelte, und auf der anderen Seite Mannschaften mit sofortiger Dienstentlassung bedrohte, wozu ihm jede Berechtigung fehlte. Aus all diesen Gründen war es dem Minister, der Herrn v. Priesdorff gegenüber monatelang die größte Rücksicht an den Tag gelegt hatte, unmöglich, ihn länger zu halten.

Inzwischen hat auch die „Preussische Schenkmanndzeitung“, das Organ des Verbandes der Polizeibeamten Preußens, in einem langen Artikel zu der Angelegenheit Stellung genommen. Der Artikel führt alle die bekannten Einzelheiten der gegen Priesdorff vorliegenden schweren Bedenken an und sagt, daß alle auf dem Boden der Verfassung stehenden Polizeibeamten dem Entlassenen keine Träne nachweinen.

Gleichzeitig hat der Vorstand des Polizeibeamtenverbandes an den Minister Severing einen Brief gerichtet, in dem die Behauptungen gewisser Blätter von Sol daritätserklärungen für Priesdorff richtiggestellt werden. Am Schluß des Schreibens steht eine Entschuldigende Erklärung des Verbandes:

Wir erklären, daß von unserem Standpunkte aus die aus Anlaß der Entlassung des Geheimrats v. Priesdorff gegen das Ministerium des Innern in der Tagespresse geführten Angriffe in keiner Weise berechtigt sind. Ganz besonders verurteilen wir aber, daß ein Teil der Tagespresse, insbesondere die „Berliner Morgenpost“ und der „Berliner Lokalanzeiger“, in bewusster Absicht die Sache in das politische Fahrwasser zu leiten verjuchten. Diese Stellen geben damit der Auffassung der preussischen Polizeibeamten von Pflicht und Recht eine Beurteilung, die dem Polizeibeamtenstande außerordentlich schadet, die Öffentlichkeit über die wirkliche Sachlage irreführt, und die wir auf das entschiedenste zurückweisen.“

Kurze polit. Nachrichten.

Die Ausarbeitung der Gegenentwürfe. Im großen Bundesratssaal des Reichsministeriums des Innern ist gestern vormittag 10 Uhr die Sachverständigenkonferenz zur Beratung der Pariser Entententexte und zur Aufstellung der deutschen Gegenentwürfe zusammengetreten.

Badische Ueberlicht.

* Badische Wochenrückblicke. Ministerien und Publikum.

Zu den Erziehungskräften der Republik gehört auch die Erschließung des persönlichen Verkehrs zwischen den Leitern der Zentralstellen der Regierung und dem Mann aus dem Volke. Die Möglichkeit, besonders wichtige Anliegen unter Ausschaltung aller Zwischeninstanzen an letzten Endes entscheidender Stelle, womöglich direkt beim Minister, vorzubringen, wird heute denn auch in ausgedehntester Weise ausgenutzt. Der Grund dafür ist nicht nur in dem demokratischeren Geist zu suchen, der mit der neuen Zeit in der Geschäftsführung der Ministerien Eingang gehalten hat, sondern vor allem auch darin, daß die Männer der heutigen Regierung weiteren Kreisen und Schichten der Bevölkerung schon in der Zeit ihres früheren beruflichen oder politischen Wirkens durch Beziehungen persönlicher oder geschäftlicher Art näher gekommen sind und infolgedessen ganz naturgemäß das besondere Vertrauen vieler Besucher genießen. Aus dieser Sachlage entspringen mancherlei schätzenswerte Vorteile für den einzelnen Besucher, wie auch für die Allgemeinheit. Indes zeigt sich auch hierbei wieder, daß der eigentliche Zweck einer jeden Einrichtung durch Mißbrauch in sein Gegenteil verkehrt werden kann. Die Zahl der Besucher bei den Ministerien hat nämlich seit einiger Zeit derart überhand genommen, daß kürzlich schon Minister Hummel dieserhalb im Landtag an die Bevölkerung zu appellieren gezwungen war. Bei der Beratung des Voranschlags für das Finanzministerium hat sich nunmehr auch Minister Köhler über die starke Überhäufung der Ministerien mit Besuchern u. allerlei Arbeit minderwertiger Art ausgesprochen. Die Belastung der Zentralstellen mit Kleinrammel, so führte er in seiner überzeugenden und wirksamen Art aus, eine ganz gewaltige. Während in früherer Zeit ein Besuch bei den Erzlegellen ein Ereignis im Leben des „Untertanen“ darstellte, finden sich heute in den Bureaus der Ministerien Volksgeossen aller Kreise, um dem Minister ihre Anliegen vorzutragen. Es liegt in diesem Verkehr des Ministers mit den Volksgeossen ein gut Stück Demokratie, und schon mancher Mann aus dem Volke hat bei ihm sein Herz erleichtert und Rat und Hilfe gefunden. Es sollte aber auch Verständnis für die Lage des Ministers vorhanden sein, der manchmal durch dringende Dienstgeschäfte zu kurzen Abfertigungen sich genötigt sieht. Im Zusammenhang damit erwähnte der Minister auch, daß die Arbeitsüberhäufung seiner Beamten schon zu schweren Erkrankungen geführt hat, und daß die Beamten teilweise sogar auf ihren Urlaub verzichten mußten. Angesichts dieser Zustände ist es nur zu begreiflich, wenn der Finanzminister, der übrigens ausdrücklich das wachsende Vertrauen zum neuen Staat zu einem guten Teil dem Umstand zuschreibt, daß die Minister aus ihrer Exklusivität herausgetreten sind, sich solcher Art an die Einsicht der breiten Öffentlichkeit wendet. Aus seinen Worten, die rechte Außenanwendung zu ziehen, und die Zeit der Minister nicht wegen jeder Kleinigkeit in Anspruch zu nehmen, sollte für jedermann nicht nur ein Gebot der Billigkeit und persönlichen Rücksichtnahme, sondern auch ein Akt der Klugheit sein, da bekanntlich die allerwenigsten Fälle zu einer sofortigen mündlichen Erledigung geeignet sind, die Besucher also meist erst zur schriftlichen Darlegung ihrer Wünsche aufgefordert werden müssen, die Entscheidung somit nur hinausgezögert wird. Auch mit unwichtigen Eingaben sollte naturgemäß nach Möglichkeit zurückgehalten werden, weil jede unnötige Erschwerung der Regierungsgeschäfte ja zugleich auf eine Schwächung der Allgemeinheit hinausläuft. Mit dieser Anregung soll selbstverständlich das verfassungsmäßige Recht des Staatsbürgers, sich mit Wünschen, Beschwerden und sonstigen Petitionen an die maßgebenden Stellen zu wenden, in keiner Weise angefaßt werden.

Schnärlärtliche Fürsorge und ländliche Kinderhilfe.

Im Hinblick auf den schlechten Gesundheitszustand vieler Schulkinder hat das Ministerium des Innern und Unterrichts kürzlich angeordnet, daß die Bezirksärzte in jedem Jahre wenigstens einen vorgeschriebenen Besuch der Schulen vorzunehmen. Das bedeutet einen neuen Schritt auf dem Wege praktischer Kinderfürsorge und beweist, daß die Regierung der ärztlichen Überwachung der Schulen ein ganz besonderes Gewicht beilegt. Welche Bedeutung der ärztlichen Schulfürsorge in dieser Zeit erschreckender Kindersterblichkeit zukommt, erhellt u. a. aus den diesem Gegenstand gewidmeten ausführlichen Darlegungen in der zuletzt erschienenen Nummer der Statistischen Monatsberichte der Landeshauptstadt Karlsruhe. Nach diesen Darlegungen liegen seit April 1920 ausführliche Ziffern über die Tätigkeit der städtischen Schulfürsorge in Karlsruhe vor und zwar sind bis September 6484 Kinder untersucht worden, bei denen 6078 Fälle von Krankheiten festgelegt wurden. Es kann nicht übersehen werden, daß der größte Teil der Untersuchungen an allgemeiner Körperkräftigkeit, bei 1700 Kindern wurde Stomatose festgestellt. An Tuberkulose aller Art litten 87, darunter 57 an Lungentuberkulose. An sonstigen Lungenerkrankungen litten 302 Kinder. Stellt man die Erkrankungen der letzteren Arten zusammen, so ergibt sich, daß Tuberkulose überhaupt, Gefährdung durch Tuberkulose und sonstige Lungenerkrankungen insgesamt 443 mal vorkamen. An Hautkrankheiten litten 288 Kinder und an Nervens- und Geisteskrankheiten 147. Rachtisch waren 65 Kinder; Verkümmert der Wirbelsäule kam 64 mal vor. Diese Ergebnisse der ärztlichen Untersuchung zeigen recht deutlich, wie herunter gekommen der körperliche Zustand unserer Volksschüler ist. Dabei ist zu beachten, daß man den rund 16 000 Volksschülern nur etwa 84 Prozent untersucht wurden. Selbst wenn die andern 66 Prozent gesund wären, so ist das bisherige Resultat schon erschreckend genug. Der Bericht weist mit Recht erneut darauf hin, daß weder die Sterblichkeitsstatistik noch die der anzeigepflichtigen Krankheiten in den jetzigen abnormen Zeiten ein genügender Gradmesser des allgemeinen Gesundheitszustandes sein können und daß Untersuchungen wie die eben erwähnten, viel eher zeigen, wie sehr uns Krieg und Hungerblutende ins Mark getroffen haben.

Erfreulicherweise hat sich die Tätigkeit der Schulfürsorge nicht auf die bloße Untersuchung und die Aufstellung statistischer Tabellen beschränkt, sondern man hat auch die entsprechenden praktischen Schlussfolgerungen daraus gezogen. In mehr als 1400 Fällen traten die Schulfürsorge an die Eltern heran. Etwa ein halbes Tausend Kinder wurde in ärztliche Behandlung verwiesen. Ein großer Teil der untersuchten Kinder kam in die Ferienkolonie, nämlich 2431; die nächstgrößte Gruppe, nämlich 1703 Kinder, wurde der Wohltätigen der „Amerikahilfe“ teilhaftig. Solcher erhielten 111 Kinder (davon 90 in Dürheim). 100 Kinder kamen aus Land und 10 in die Waldholzte. 111 Kinder mußten von einzelnen Unterrichtsbehörden befreit werden, 117 sogar von allen; auf 1 Jahr vom Schulbesuch zurückgestellt wurden 21. 81 Kinder wurden dem Tuberkuloseauschuss überwiesen, je 24 an Fürsorgevereine, und am Augenamt. 12 erhielten Mittagessen und 7 Linsen in die

Schule oder in Sonderkurse. Aus gesundheitlichen und moralischen Gründen" wurden vom ganzen Unterrichts 158 ausgeschlossen werden. Auch in der städtischen Zahnklinik wurden 467 Kinder behandelt.

Man darf also guten Gewissens sagen, daß die schulärztliche Tätigkeit eine wirkliche Fürsorgetätigkeit darstellt, die schon Tausenden von Kindern und Familien zum Segen gereicht.

Wie dieser Tage amtlich bekanntgegeben wurde, hat der Verein Landaufenthalte für Stadtkinder G. B. Berlin für das Jahr 1920 Prämien für die Aufnahme von Kindern auf dem Lande bereitgestellt; von diesen Prämien fließen rund hunderttausend Mark nach Baden, wo sie durch die caritativen Verbände in den kleineren Gemeinden verteilt werden sollen, in denen letztes Jahr Kinder Erholungsanstalten fanden. Auch für das Jahr 1921 sind solche Prämien wiederum sicher gestellt. Es ist zu hoffen, daß dieser Anlaß einen weiteren Anreiz für die Landbevölkerung bilden wird, ihre Häuser auch im nächsten Sommer wieder in großer Zahl den Stadtkindern zu öffnen, bzw. die Kinderheime und Kolonien reichlich mit den nötigen Nahrungsmitteln zu versorgen. Wir glauben kaum fehlzugehen, wenn wir der Zuerstausdrück geben, daß es bei den besser situierten Landwirten angesichts des fürchterlichen Kinderelends, das in den oben wiedergegebenen Ziffern, so niederdrückend sie sind, doch nur andeutungsweise geschildert wird, nicht erst dieses finanziellen Anreizes bedarf, um ihr Mitgefühl und ihre Hilfsbereitschaft zu wecken.

Badischer Landtag.

Der Haushaltsausschuß

des badischen Landtages, welcher zurzeit in täglich zweimaligen Sitzungen der schwierigen Arbeit der Beratung der revidierten Haushaltsordnung obliegt, besuchte am Freitag nachmittag, einer Einladung des Ministeriums des Innern folgend, das Landesstrafmuseum in Karlsruhe, das der badischen Gendarmerschule angegliedert und in der ehemaligen Grenadierskaserne untergebracht ist. Schon früher hat der Verein Karlsruher Presse eine Inaugurationsfeier für die Kriminalistik sehr bedeutenden Instituts vorgenommen.

Nach einer Begrüßung durch Oberst Seneca, Kommandeur des Gendarmenkorps und Major Hen, Leiter der Gendarmerschule, besichtigte der Haushaltsausschuß, dessen Mitglieder fast vollständig erschienen waren, unter Führung des Verwaltungsdirektors über die einzelnen Räume, in welchen die Gegenstände, Werkzeuge, Geräte, Schlüssel für die Einbrecher, Pistolen und Gewehre für die Wälder usw. untergebracht waren. Man kommt über die Geduld und die Fähigkeit, mit welcher z. B. bei Anfertigung von Werkzeugen zum Einbrechen und Ausbrechen (aus dem Gefängnis und Zuchthaus) vorgegangen wird, und man bedauert, daß die dabei aufgewendete Mühe und die zweifellos oft betrubende Intelligenz einem Zwecke zugeführt wird, der für den Staat und die Gesellschaft mit großen Nachteilen und Gefahren verbunden ist und diese wiederum zur Abwehr zwingt. Dem gerade der Abwehr dient das Landesstrafmuseum. Die heranzubildenden Gendarmen- und Polizeibeamten sollen wissen und lernen die Methoden des Verbrechens, damit sie in der Lage sind, ihm erfolgreich begegnen zu können.

Eine besonders fortgeschrittene Entwicklung hat die sog. Daktyskopie, die Lehre von den Fingerringen, gewonnen. Sie befähigt die Staatsanwälte und Richter und ihre Hilfsorgane in hohem Maße, die Personen, welche sich Vergehen und Verbrechen zuschulden kommen lassen, der bezichtigten Delikte zu überführen. So liefert also das Landesstrafmuseum der Kriminalistik gute Dienste, es ist selbstverständlich, daß es der breiten Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht werden kann, weil man etwaigen Verbrechern nicht Gelegenheit geben will und darf, an geeigneten Objekten und Werkzeugen zu lernen.

Der Haushaltsausschuß dankte für die erhaltene Bezeichnung und setzte dann seine Arbeiten im Landtage fort. P.-A.

Die vorläufigen Ergebnisse der Schlachtvieh- und Fleischschau im Jahre 1920.

Nach den amtlichen Berichten der Tierärzte und Fleischschauern wurden in Baden im Jahr 1920 zum Verlaufe geschlachtet:

Ochsen 14 145, Ferkel 11 167, Kühe 38 016, Jungkinder 26 649, Kälber 65 390, Schweine 49 054, Schafe 25 198, Ziegen 8145, Pferde 3764, Hunde 26.

Gegenüber den endgültigen Ergebnissen des Jahres 1913 als Vorkriegsjahr haben die gewerblichen Schlachtungen z. B. abgenommen bei den Ochsen um -14 983 Stück (-51,4 Proz.), Ferkel -865 (-7,2 Proz.), Kühe -884 (-2,3 Proz.), Jungkinder -25 791 (-42,0 Proz.), Kälber -99 185 (-60,3 Proz.), Schweine -428 342 (-89,7 Proz.), Schafen +5942 (+130,9 Proz.), Ziegen -18 859 (-69,3 Proz.), Pferden +1682 (+81,2 Proz.), Hunden +23 (+766,7 Proz.).

Die gewerblichen Schlachtungen haben demnach im Jahr 1920 gegenüber 1913 mit Ausnahme der Schafe, Pferde und Hunde stark abgenommen. Insbesondere sind die Schlachtungen der Schweine um 89,7 Proz., die der Ziegen um 69,3 Proz., die der Kälber um 60,3 Proz., die der Ochsen um 51,4 Proz. und die der Jungkinder um 42,0 Proz. zurückgegangen.

Badische Konferenz für alkoholfreie Jugendberziehung.

LPD. Der letzte Tag der badischen Konferenz für alkoholfreie Jugendberziehung war vollständig dem Thema „Alkohol und Schule“ gewidmet. Pfarrer Werner begann mit einem eingehenden Referat über diese Frage an der Hand des köstlichen Buches: „Der Alkohol in der Schule“. Pfarrer Dr. Baumeister-Karlsruhe sprach als zweiter Referent und forderte, daß der Lehrer bei seiner Erziehungsarbeit mit den Tatsachen über den Alkoholisismus vertraut sei. Hauptlehrer Ramm-Mannheim besprach die Mittel zur alkoholfreien Erziehung der Jugend.

Folgende Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt: Eine Konferenz für alkoholfreie Jugendberziehung soll alljährlich einberufen werden. Beim Unterrichtsministerium möge dahin gewirkt werden, daß die Frage der alkoholfreien Jugendberziehung auf den amtlichen Konferenzen oder den an deren Stellen tretenden Einrichtungen behandelt werde. Der Landesverband wolle beim Unterrichtsministerium dahin wirken, daß die Alkoholfreie im Lehrbuch in wirksamer Weise behandelt werde. Die Versammlung wünschte einstimmig, daß entweder der Landesverband oder die Unterrichtsbehörde einen Lehrer oder eine Lehrerin zu wirksamer Vertretung der alkoholfreien Jugendberziehung überall im Lande anstelle. Ferner wurde einstimmig beschlossen, das Unterrichtsministerium zu bitten, daß in den Seminarien oder den evtl. später an ihre Stelle tretenden Lehrerbildungsinstituten im Rahmen von Kursen über die sozialen Räte unseres Volkes auch die alkoholfreie Jugendberziehung planmäßig behandelt werde.

Eine Kommission von 5 Mitgliedern, bestehend aus: Hauptlehrer Braun-Bruchsal, Pfl. Tremmel-Mannheim, Hauptlehrer Ramm-Mannheim, Hauptl. Schmitt-Freiburg, Pfl. Schmidt-Karlsruhe, wurde beauftragt, die nötigen diesbezüglichen Schritte zu unternehmen.

In der Nachmittagsitzung behandelte Prof. Dr. Nibergall-Heidelberg das Thema „Alkoholisismus und höhere Schule“. In der Aussprache sprach Lehramtspraktikant Hohner-Freiburg für „Jugendberziehung“. Pfl. Dr. Eismann-Heidelberg für die „Akademische Gemeinschaft in Heidelberg“, und Lehramtspraktikant Gmber-Karlsruhe für die „Akademische Vereinigung Freiland-Freiburg“. Prof. Horel sprach von den schweizerischen Abstinenzverbindungen. Dann wurde die Tagung von Pfarrer Werner geschlossen.

Aus der Landeshauptstadt.

Ihren 75. Geburtstag feiert heute Frau Alberta von Freyberg geb. Frein von Cronberg, Frau von Freyberg, hat sich durch ihr vorbildliches und unermüdeliches Wirken auf vielen Gebieten der sozialen Fürsorge, durch ihre rege Förderung gemeinnütziger, künstlerischer und literarischer Interessen sowie durch zahlreiche warm empfundene Gedichte und Erzählungen nicht nur in Karlsruhe, sondern weit darüber hinaus viele Freunde erworben. Möge es der Jubilarin beschieden sein, sich noch lange ihrer ungewöhnlichen geistigen Frische und Schaffenslust zu erfreuen!

LPD. Wegen Verleibung des Staatsrats Märum wurde die neueste Nummer der humoristischen Satironschrift „Patrien“ von der Behörde beschlagnahmt.

Ein großes Bauprojekt. Nach einer von privater Seite kommenden Mitteilung, ist die Erstellung eines Häuserblocks mit 13 Gebäuden von 4 Stockwerken an der Karl-, Rath-, Kopermiffus- und August-Straße auf dem Schmieberschen Pauslande von einer hiesigen Bauengesellschaft geplant. Im Erd- und 1. Obergesch. sollen Verkaufsstellen- und Büroräume untergebracht, die übrigen Geschosse zu Wohnräumen ausgebaut werden. Die technische Leitung liegt in den Händen des Herrn Architekten Amosch.

Im Bürgerausschuß gab gestern Bürgermeister Dr. Gortsmann eine eingehende gedruckte Darstellung über die Verluste beim städtischen Nahrungsmittelmarkt und der städtischen Verleibungstelle, auf deren Einzelheiten wir noch zurückkommen werden. Der Bürgerausschuß genehmigte ferner die Vorlagen zur Auffüllung von Gelände am Rheinhafen, die Herstellung der zweiten Hafenaufahrt des städtischen Industriegeleises bei der Maschinenbauengesellschaft, und erklärte sich mit der Übernahme der Bürgerschaft für das aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge der Gemeinnützigen Beschäftigungsstelle G. m. b. H. in Aussicht gestellte Darlehen sowie der Bürgerschaft der Stadtgemeinde Karlsruhe für von der Gemeinnützigen Mieter- und Handwerker-Baugenossenschaft aufzunehmende Hypothekendarlehen und eine Anzahl von Bürgerschaften für Kleingartenpächter einverstanden. Die Vorlagen betr. die Erhöhung der Feuerungszulagen für die Beamten und Erhöhung der Ruhegehälter- und Hinterbliebenenversorgung wurden nach längerer Debatte, die sich auch auf grundsätzliche Steuerfragen erstreckte, angenommen.

Landestheater. Friedrich Hebbels erste große Tragödie „Judith“ gelangt, wie schon bekannt gegeben wurde, heute Samstag, den 19. Februar, im Landestheater zur Neuaufführung. Zum ersten Male spielt Melanie Ernath die Hielrolle, während Soloförner, ihr Gegenspieler, Fritz Herz sein wird. Das gesamte männliche (ebenso ein wesentlicher Teil des weiblichen) darstellenden Personals ist in großer und feiner Aufgaben beschäftigt. Die Neuaufführung liegt in den Händen von Regie Raumbach. Das dekorative Gemwand stammt von Emil Burlard, die Kostümentwürfe von Marg. Schellenberg. Anfang der Vorstellung 8 1/2 Uhr.

Von d. Angestelltenversicherung

Über den Stand des Heilverfahrens am 31. August.

gibt die R.V.M. f. Angestellte eine interessante Übersicht:

Vom 1. Januar bis 31. August d. J. setzten die Anträge auf Einleitung eines Heilverfahrens 39 788, Gesamtanträge in Heilverfahrensjahren 294 279. Anträge auf Gewährung der Kosten auf Verursachung wurden 39 gestellt. Über die Erledigung der Anträge dient folgende Übersicht: Im Geschäftsjahre befanden sich am 31. Juli 3637, Zugang an Neuanträgen 3782. Erledigt wurden im August 4781; im Geschäftsjahre befanden sich am 31. August 2688. Die Kosten belaufen sich hierfür: Für die vom 1. Januar bis 31. August bewilligten Heilverfahren 27 055 834,18 M.; für die aus dem Vorjahre übernommenen Fälle 6 499 456,34 M. Außerdem besondere Ausgaben (Kriegsfürsorge, Zuschüsse usw.) 115 225,14 M., also insgesamt 33 670 515,66 M., davon sind bis jetzt bezahlt 25 929 691,53 M. Voraussetz. noch zu zahlende bezw. noch entfallende Kosten auf schwebende Fälle 7 740 824,13 M. Das sind gewaltige Leistungen für die eine Karenzzeit nicht erforderlich ist; und sie beweisen, daß von der Einrichtung des Heilverfahrens reger Gebrauch gemacht wird. S.

Badische Zeitungsstimmen.

Über den Inhalt der hier veröffentlichten Zeitungsstimmen übernimmt die Redaktion keine politische Verantwortung. Die Zeitungsstimmen dienen dem Zweck der Orientierung; sie sollen ein objektives Bild geben von den Meinungen und Ansichten, die in den Blättern des Landes zum Ausdruck gelangen.

Student, Politik und öffentliches Leben.

Im Anschluß an die Fackelzugdebate im Badischen Landtag befaßt sich Hr. Munding in der demokratischen „Konstanzer Zeitung“ mit dem Verhältnis der Studentenschaft zum öffentlichen Leben, wobei er sich u. a. wie folgt äußert:

Fast täglich müssen wir drastische Schilderungen vom Elend der Studenten und der akademisch gebildeten Berufe lesen. Wir müssen also annehmen, daß der Student gegenwärtig bittere Not leidet und so für die Zukunft wenig erhebende Aussichten hat. Nach dem einfachen Menschenverstand müßte er daraus den Schluß ziehen, seinen Lebensaufwand auf sparsamere, oder, wenn das besser Klingt: auf altpreussische Einfachheit zu reduzieren und seine Arbeit auf das äußerste Maß zu steigern. Dem der „alte Herr“ noch immer einen noblen Romantismus flühen kann, von dem sollte ein Teil zur Verbesserung der Lage bedürftiger Mitmenschen verwendet werden. Man gewöhnt aber ein ganz anderes Bild, wenn man den heutigen Studentenleben deiläufig betrachtet. Allerlei wunderlicher „Komment“, der heute große Geldmittel verschlingen muß, ist noch in voller Blüte. Frühshoppenlokale, Festböden, Kaffehäuser u. a. blühen unter studentischem Anspruch und das öffentliche Auftreten des Studenten ist nicht so, daß einem die Not und die erste Lebensauffassung sinnfällig werden

könnte. Ob es sich bei diesen Beobachtungen, die wir kürzlich in Freiburg anzustellen Gelegenheit hatten, um zahlreiche lärmende Ausnahmen handelt, entzieht sich unserer Kenntnis. Es sei übrigens als Eigentümlichkeit festgestellt, daß man fast ausnahmslos norddeutsche Dialekte in diesen Kreisen hört.

Jugend neigt zum Überschwang, der zur Selbstüberhebung führt, wenn die besonnene Kritik fehlt. Diese wird aber nicht gefördert, wenn die öffentliche Meinung Pathos und romantisches Zeremoniell der Jugend beweihräuchert und darin eine Hoffnung für Deutschlands Wiederaufblühen erblickt. Besonders grotesk nimmt sich das bei den Professoren aus, die etwas von Goethe lernen könnten, dem wohl das Verständnis für Gefühle und Fröhllichkeit der Jugend nicht abging, der sich aber ihre Vorwitzigkeit im Theater in Weimar öffentlich verbat.

Die Not des Lebens und des Vaterlandes fordern schlichte Pflichttreue, Ernst und brüderlichen Geist und je früher die Jugend mit diesen Lebensidealen vertraut wird, desto besser für sie und uns. Alles andere ist trügerische Romantik und geeignet, Individuum und Volk einer abenteuerlichen Zukunft entgegenzuführen."

Schluß des redaktionellen Teils.

Zur Erwidrerung.

In der Nr. 41 der „Karlsruher Zeitung“ erschien eine Entgegnung auf einen Volksfreundartikel, der sich mit einem der Inhaber der G. Braunschen Hofbuchdruckerei befaßte. Auf den Inhalt des Artikels wird in der Entgegnung nicht eingegangen. Es wird nur von „Hintermännern“ gesprochen, die nach § 1 des Betriebsrätegesetzes für die Wirtschaftlichkeit des Betriebs einzutreten hätten. Das sind die Betriebsräte. Soweit die Betriebsräte bei der angegriffenen Firma in Frage kommen, sind dieselben stets für die Wirtschaftlichkeit des Betriebes eingetreten. Das ließe sich beweisen. Daß über das, was wirtschaftlich ist, selten eine Übereinstimmung zu erzielen war, ist wohl nur zum geringsten Teil die Schuld des Betriebsrats. Es wird in der Entgegnung weiter behauptet, die „Unzufriedenen“ hätten Angst vor dem tariflichen Instanzengang. Auch das stimmt nicht. Es wurde schon öfter der Firma der Vorschlag gemacht, das hiesige Schiedsgericht entscheiden zu lassen; das wurde meistens abgelehnt und sofort das Tarifamt in Berlin angerufen. Man kann aber der Meinung sein, daß Karlsruher Angelegenheiten von Berlin aus nicht richtig beurteilt werden können, noch dazu, wenn nur eine Seite gehört wird.

Der Betriebsrat der G. Braunschen Hofbuchdruckerei u. Verlag.

Der Inhalt obiger Ausführungen entspricht nicht den Tatsachen. Wenn die Behauptung glaubt, Anlaß zur Klage zu haben, möge sie sich statt an die vorgeschriebenen Instanzen wenden.

G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag.

Staatsanzeiger.

Das Staatsministerium hat unterm 28. Januar d. J. den zur Ruhegegangenen Oberjustizsekretär Georg Krauth beim Landgericht Konstanz wieder planmäßig angestellt.

Das Justizministerium hat unterm 24. Januar d. J. den Oberjustizsekretär Wilhelm Reuble beim Amtsgericht Mannheim zum Amtsgericht Radolfzell veretzt.

Das Justizministerium hat unterm 4. Februar d. J. den Oberjustizsekretär Karl Heß bei der Staatsanwaltschaft Heidelberg zum Landgericht daselbst veretzt.

Gestorben:

am 18. November v. J.: Joseph Kolb, Professor an der Oberrealschule in Mannheim.

am 29. November v. J.: Emil Ruf, Professor am Realprogymnasium in Rottbad.

am 24. Dezember v. J.: Hermann Fischer, Professor an der Goetheschule in Karlsruhe.

Fahrplanänderungen.

Vom Dienstag, den 1. März an treten im Bereiche der Eisenbahngeneraldirektion Karlsruhe die nachstehenden Fahrplanänderungen in Kraft:

„Zug 1424 verkehrt später, Offenburg ab 12,10 nachm., Sausach 1,09/1,20, Triberg 2,27/2,32, St. Georgen (Schw.) 3,14/3,16, Willingen (Baden) 3,30/3,34, Donaueschingen 4,15/4,20, Aufnahme des Anschlusses von Zug 1563 Freiburg (Breisgau) ab 1,10 nachm., Donaueschingen an 4,15 nachm., Immendingen 4,55/4,59, Anschluß an den später gelegten Zug 1108 (W) nach Tuttlingen an 5,17 nachm., Engen 5,28/5,29 Sengen (Hohentwiel) an 5,54 nachm., ab 6,10 nachm. und weiter wie früher.“

Zug 1822 verkehrt früher Radolfzell ab 5,39 nachm., Staßringen 5,51/5,52, Stodach, 6,14/6,18 nachm., Schwandenreute an 6,41 nachm.

Zug 1820 verkehrt später Radolfzell ab 7,48 nachm., Staßringen 8,00/8,01, Stodach 8,23/8,25, Schwandenreute 8,57/8,59, Reßkirch 9,21/9,24, Krauchenwies 9,44/9,47, Sigmaringen an 10,05 nachm.

Zug 1840 verkehrt später Schwandenreute ab 9,08 nachm., Pfalldorf an 9,40 nachm. Ebenso Zug 1860 (W), Krauchenwies ab 9,47 nachm., Mengen an 10,05 nachm.

T 84 (W) erhält geänderten Fahrplan. Radolfzell ab 5,47 nachm., Überlingen an 6,39 nachm.

Zug 1437 verkehrt bis Radolfzell 5 Min. bis Sengen 3 Minuten später, Konstanz ab 4,50 nachm., Radolfzell an 5,30, ab 5,41, Sengen an 5,59 nachm.

Zug 1439 Konstanz ab 5,30 nachm., Radolfzell an 6,08 nachm., verkehrt nur noch Werktag. Nähere Auskunft erteilen die Stationen.

Errichtung von Finanzämtern.

Auf 1. März d. J. wird in Ettlingen ein Reichsfinanzamt im Sinne von § 8 Abs. 2 der Reichsabgabenordnung mit der Bezeichnung „Finanzamt Ettlingen“ errichtet. Sein Geschäftsbezirk umfaßt den Amtsbezirk Ettlingen. Es übernimmt die Geschäfte des Finanzamts Karlsruhe für seinen Geschäftsbezirk, sowie die Geschäfte des bisherigen Steuerkommissariates Ettlingen, der auf 1. März d. J. aufgehoben und mit dem neuerrichteten Finanzamt vereinigt wird. Ebenso wird auf 1. März d. J. die Steuerermittlung Ettlingen aufgehoben und mit dem Finanzamt vereinigt.

Das Finanzamt ist im Bau II der neuen Kaserne (Reserve Lazarett) in Ettlingen untergebracht.

Karlsruhe, den 15. Februar 1921.

Der Präsident des Reichsfinanzamts,

Röhler.

Stin.

